

6/SN-28/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 602.920/1-V/6/87

An das

Präsidium des
Nationalrates1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	28 - GE 9 87
Datum:	24. JUNI 1987
Verteilt.	26. JUNI 1987

Hof
Dr. Wimmer

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

Betrifft: Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an
Hochschulen

Der Verfassungsdienst übersendet 25 Ausfertigungen seiner
Stellungnahme zu dem mit Note des Bundesministeriums für
Wissenschaft und Forschung vom 18. Mai 1987, GZ 68158/7-15/87,
versendeten Gesetzentwurf, mit dem das Bundesgesetz über die
Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen
geändert wird.

Anlage

16. Juni 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 602.920/1-V/6/87

An das

Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung

1010 W i e n

DRINGEND
23. Juni 1987

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

68158/7-15/87
18. Mai 1987

Betrifft: Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an
Hochschulen

Der Verfassungsdienst teilt zu dem Entwurf einer Novelle zum
Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und
Prüfungstätigkeiten an Hochschulen folgendes mit:

1. Aus legistischer Sicht ist darauf hinzuweisen, daß das
Vorblatt ausgesprochen knappe und allgemeine Formulierungen
enthält. Im Sinne des Rundschreibens des Verfassungsdienstes
vom 29. Oktober 1980, GZ 600.824/21-V/2/80, darf daher
angeregt werden, insbesondere die Angaben über Problem und
Ziel der Neuregelung sowie des Lösungsvorschlages konkreter
zu fassen.
2. Auf Seite 2 der Erläuterungen ist davon die Rede, daß sich
§ 1 nach wie vor auf Personen beziehe, "die in keinem
Dienstverhältnis zum Bund stehen". Diese Aussage ist fürs
erste unklar, da etwa "Universitätsdozenten" (§ 1 Abs. 1 des
Gesetzes) zugleich auch "Hochschulassistenten" sein können.
Es wird daher zur Erwägung gestellt, die Beschränkung des
Personenkreises gesetzlich klarzustellen.

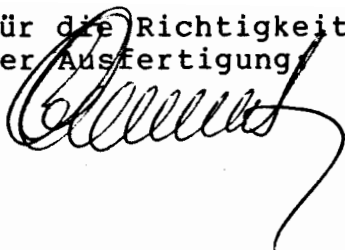
- 2 -

3. Schließlich wird auf Seite 2 der Erläuterungen die Ansicht vertreten, daß eine Maßnahme des Gesetzgebers ("die im Nationalrat beschlossene ... Streichung") nicht "der Absicht des Gesetzgebers entspricht". Dies ist schon aus formaler Sicht nicht recht verständlich, da der Beschluß des Nationalrates stets die Absicht des Gesetzgebers repräsentiert. Sollte sich aber die letzte Novelle mit einzelnen Bestimmungen in der Praxis nicht bewährt und sich insbesondere die Streichung des § 1 Abs. 3 als unzweckmäßig herausgestellt haben, dann wäre dies auch in der Regierungsvorlage als Begründung für den neuerlichen Novellierungsentwurf zum Ausdruck zu bringen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

16. Juni 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. Holzinger', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung'.